



PRESSEMITTEILUNG

CDU-Ratsfraktion: Anhörung „Städtebauförderprogramm ‚Soziale Stadt‘“ in Ratsausschüssen ist Wahlkampfmanöver

Die Vertreter der **CDU**-Ratsfraktion werden an der heutigen gemeinsamen Anhörung von Bau-, Migrations- und Sozialausschuss zum Thema „Soziale Stadt“ nicht teilnehmen. **Hannes Hellmann**, baupolitischer Sprecher seiner Fraktion, begründet dies damit, dass es sich um eine wahlkampfmotivierte Alibi-Veranstaltung handelt.

„Die Mittel für Städtebauförderprogramme werden gemeinsam von Bund und Land sowie einem Eigenanteil der Gemeinden aufgebracht. Laut dem Niedersächsischen Sozialministerium stand im Jahr 2010 landesweit ein Investitionsvolumen für städtebauliche Erneuerung in Höhe von fast 68 Millionen Euro zur Verfügung“, so **Hellmann**.

Im Jahr 2011 sei dieser Betrag sogar auf 89,3 Millionen gestiegen. Denn zu den Förderinstrumenten des Städtebaus gehörten selbstverständlich nicht nur das Programm „Soziale Stadt“, sondern auch weitere wie z. B. „Stadtumbau West“ oder „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“. Auch wenn der Bund die Mittel für das Programm „Soziale Stadt“ – deutlich geringer als ursprünglich geplant – gekürzt habe, so sei gleichzeitig das Bundesprogramm „Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier – BIWAQ“ des Europäischen Sozialfonds (ESF) verlängert worden. Das mache für die Jahre 2011 bis 2014 ein Volumen von insgesamt 83 Millionen Euro für Städte und Gemeinden aus, die zur Integration beitragen.

Hellmann: „Dies ist ein ergänzendes arbeitsmarktpolitisches Instrument, das vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung in den Programmgebieten der ‚Sozialen Stadt‘ eingesetzt werden kann. Es stehen also nach wie vor Gelder – und zwar in einem erheblichen Maß – zur Verfügung, um Städtebauförderprojekte zu finanzieren.“

Und selbst die Stadtverwaltung schreibe in einer Drucksache zu den Auswirkungen von Kürzungen der Städtebaufördermittel, dass die Stadterneuerung in Hannover durch die bisherigen Kürzungen für das laufende Jahr in ihrer Handlungsfähigkeit nicht wesentlich eingeschränkt sei. Letztlich sieht die **CDU**-Ratsfraktion die Stadt Hannover auch selbst in der Pflicht, wenn es um die städtebauliche Maßnahmen in unserer Stadt geht.

Einen weiteren Grund, der Anhörung fernzubleiben, sieht die **CDU**-Ratsfraktion in der „Vorladung“ von Bundestagsabgeordneten. „Wohin soll das führen“, fragt sich **Hellmann**, „wenn künftig zu allen bundes- oder landespolitisch relevanten Themen die hannoverschen Mitglieder des Bundes- oder Landtags angehört werden?! Wir halten das für ein durchschaubares Wahlkampfmanöver und sind sicher, dass die Abgeordneten, soweit sie sich überhaupt für eine solche Inszenierung hergeben, außerhalb von Wahlkampfzeiten hierfür keine Zeit finden werden. Außerdem haben wir dieses Thema in der von Rot-Grün beantragten aktuellen Stunde am 12.05.11 schon ausführlich diskutiert!“

Für Nachfragen stehen Ihnen unser baupolitischer Sprecher, Hans-Georg Hellmann, unter der Tel.-Nr.: 0160 – 96 71 24 54 zur Verfügung.

24.08.2011